

Streit um Kommunen als Datenhändler

Der Chef des Städte- und Gemeindebundes schlägt eine neue Einnahmequelle vor. Lüneburgs Oberbürgermeister Ulrich Mädge hält das für einen falschen Weg

VON WERNER KOLBE
UND DENNIS THOMAS

Lüneburg. Die Debatte über den Umgang mit Daten hat eine neue Dimension erreicht: Deutsche Kommunen sollten es wie Post oder Facebook machen – und mit Daten Geld verdienen. Das empfiehlt Gerd Landsberg. Der Hauptgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes sagte gegenüber der „Rheinischen Post“: „Auch die Städte und Gemeinden müssen sich noch mehr klar machen, dass Daten das Öl des 21. Jahrhunderts sind und sich damit wichtige Einnahmen erzielen lassen.“

Die Kommunen verfügen über viele „wertvolle Datensätze“, die in anonymisierter Form nicht mehr nur kostenlos zur Verfügung gestellt werden sollten. An diese Daten hat vor allem die Wirtschaft großes Interesse. Das Geld aus dem Verkauf der Daten, so Landsberg, sollte wiederum zum Vorteil der Bürger eingesetzt werden. Er schlug

ein „Konzessionsmodell“ vor, wonach private Unternehmen mit den nicht personenbezogenen Daten der Kommunen, zum Beispiel Mobilitätsdaten oder Luftbilder, arbeiten und dafür bezahlen könnten.

Die Kommunen als Datenhändler? Mit Verwunderung reagierte Ulrich Mädge, Lüneburgs Oberbürgermeister und Präsident des Niedersächsischen Städtetages, auf Landsbergs Vorschlag. „Ich halte überhaupt nichts davon, die Regeln aufzuweichen und mit Daten Geld zu verdienen.“ Die Diskussion um den Umgang mit Daten bei Facebook und Google zeige doch, dass Bürger eher aufgefordert seien, sensibel mit den eigenen Daten umzugehen. Und: „Gerade weil Daten so begehrt sind, sollten Kommunen diese nicht unter dem Aspekt Einnahmevermehrung nutzen. Das hat auch nichts mit unserem Kerngeschäft der Daseinsvorsorge zu tun. Im Gegenteil hätte ich auch nichts dagegen, wenn die recht-

lichen Möglichkeiten für die Weitergabe von Daten weiter zurückgefahren würden.“

Auch Norbert Meyer, Lüneburgs Kreisgeschäftsführer des Städte- und Gemeindebundes und Samtgemeindebürgermeister Ostheide, reagierte zurückhaltend auf den Vorschlag: „Der Facebook-Skandal ist schon sehr bedenklich. Und in diesem Umfeld kann ich mir nicht vorstellen, dass wir Datensätze verkaufen.“ Meldeämter erhielten zwar viele Anfragen zum Beispiel von

Parteien, gäben aber höchstens eine Liste von Erstwählern weiter. Auch der Landkreis Lüneburg hält sich zurück. „Wir geben keine Daten weiter, dafür gibt es keine Rechtsgrundlage.“ Für die Daten seien vielmehr die Meldeämter der Kommunen zuständig, betont Pressesprecherin Katrin Hoffmann.

Ohne die Bürger wäre Landsbergs Vorstoß aber kaum denkbar gewesen. Denn die Mehrheit geht weniger kritisch mit Daten um. Zwar kann jeder Einwohner der Weitergabe seiner Daten aus dem Melderegister widersprechen. Doch nur wenige nutzen dieses Recht. Das belegen Zahlen vom Mai 2017. In Lüneburg mit 76 446 Einwohnerdatensätzen hätten demnach nur 2605 Personen Widerspruch eingelegt (3,4 Prozent; aktuell weiter unter 5 Prozent), in der Samtgemeinde Amelinghausen (8737 Einwohnerdatensätzen) gerade mal 203. Ähnlich sah es in der Gemeinde Adendorf aus: 189 Sperren bei rund 10 300 Datensätzen.

„Ich halte überhaupt nichts davon, die Regeln aufzuweichen und mit Daten Geld zu verdienen.“

Ulrich Mädge
Oberbürgermeister